

Wie in den dunklen Tagen der Apartheid

In Südafrika erschießt die Polizei Dutzende Arbeiter bei Krawallen in einer Platinmine / Von Thomas Scheen

JOHANNESBURG, 17. August. Es waren Fernsehbilder, von denen man geglaubt hatte, sie seien mit dem Ende der Apartheid in Südafrika endgültig verschwunden: Schwere bewaffnete Sicherheitskräfte feuern mit automatischen Waffen in eine Menschenmenge. Mindestens 34 Bergarbeiter wurden am Donnerstagnachmittag in Marikana unweit von Johannesburg getötet und mehr als 80 verletzt, als eine Sondereinheit der Polizei einen Protest von 3000 Arbeitern auflösen wollte, die für mehr Lohn streikten. Ein solches Massaker hatte es zuletzt im Jahr 1992 in Bhisho in der heutigen Provinz Eastern Cape gegeben. Damals hatten die Sicherheitskräfte bei einer Demonstration politischer Aktivisten, welche die Auflösung des halbautonomen „Homelands“ Ciskei forderten, 28 Anhänger des ANC und einen Polizisten erschossen.

Polizeiminister Nathi Mthethwa verteidigte das Vorgehen seiner Truppe am Freitag in einem Radiointerview mit „legitimer Selbstverteidigung“, nachdem die streikenden Bergarbeiter die Polizei mit Macheten, Speeren, Knüppeln und angeblich auch Schusswaffen angegriffen hatten. „In diesem Land hat jeder das Recht zu demonstrieren“, sagte Mthethwa, „aber diese Leute waren schwer bewaffnet“. Präsident Jacob Zuma zeigte sich „schockiert“ über das Ausmaß der Gewalt, verteidigte gleichwohl ebenfalls das Vorgehen der Sicherheitskräfte. Ein Sprecher des Bergbaukonzerns Lonmin, dem die bestreikte Platinmine in Marikana gehört, bedauerte die Gewaltanwendung, sagte aber, die Auseinandersetzung sei „kein soziales Problem, sondern ein Problem der öffentlichen Sicherheit“. Sowohl die Gewerkschaften als auch die Oppositionspartei „Democratic Alliance“ (DA) forderten eine Untersuchung der Vorfälle.

Das „Massaker von Marikana“, wie die blutigen Zusammenstöße von der südafrikanischen Presse genannt werden, ist der vorläufige Höhepunkt eines Arbeitskampfes in der Bergbauindustrie. Überall in Südafrika brodelt es mittlerweile, im Eastern Cape genauso wie in Kapstadt und im Wirtschaftszentrum Gauteng, weil die Bevölkerung ihre Regierung zunehmend als korrupt und unfähig wahrnimmt. Auch 18 Jahre nach dem Ende der Apartheid hat sich für die Mehrheit der Südafrikaner das Leben nicht verbessert, und sie haben die leeren Versprechungen der Regierung satt. Es vergeht inzwischen kaum noch eine Woche am Kap ohne teils gewalttätige Demonstrationen für Jobs, für bessere Wohnungen und für Selbstverständlichkeiten wie einen Wasseranschluss. Auch die Mehrzahl der Streikenden in Marikana lebt nach wie vor in Wellblechhütten ohne Strom und ohne Wasser, ganz wie zu Zeiten der Apartheid.

Vordergründig geht der Streik in Marikana, der am Freitag vergangener Woche begann, auf eine Auseinandersetzung zwischen zwei rivalisierenden Gewerkschaften zurück, der „National Union of Mineworkers“ (NUM) und der relativ jungen „Association of Mineworkers and Construction Union“ (AMCU). Letztere hatte den Bergarbeitern, die jetzt streiken – ausschließlich sogenannte „Rock Drillers“ („Felsbohrer“) –, eine Verdreifachung ihres Lohns von gegenwärtig umgerechnet 400 Euro auf 1250 Euro in Aussicht gestellt. Die rivalisierende NUM hatte dies abgelehnt, wobei sie auf eine vor knapp einem Jahr mit der Konzernleitung vereinbarte Lohnrunde verwies, und sich von einem Arbeitskampf distanziert.

Nun gilt die NUM als wichtigste, weil mitgliederstärkste Organisation innerhalb des südafrikanischen Gewerkschaftsdachverbandes Cosatu. Cosatu wiederum ist neben dem „African National Congress“ (ANC) und der Kommunistischen Partei der dritte Partner in der südafrikanischen Regierungskoalition. Deswegen glaubt die militante junge Gewerkschaft AMCU, die Arbeiter seien „verkauft“ worden, weil die Regierung sich nicht mit dem „Großkapital“ anlegen wolle, das die jungen Gewerkschafter in den Bergbaukonzernen sehen. Dahinter steckt nicht zuletzt die seit nunmehr drei Jahren laufende Debatte über eine Verstaatlichung der Bergbauindustrie. Die Jugendliga des ANC fordert diese ebenso regelmäßig, wie die ANC-Regierung derartige Forderungen als kontraproduktiv bezeichnet und ablehnt. Davon abgesehen geht es den Gewerkschaften allerdings bei den jüngsten Auseinandersetzungen nicht zuletzt um die Mitgliedbeiträge der Arbeiter, die den Gewerkschaften alleine im Platinsektor jedes Jahr umgerechnet einen hohen zweistelligen Millionenbetrag in Euro einbringen.

Beängstigend an diesen Auseinandersetzungen, die sich überall im Land häufen, ist die Gewalttätigkeit, die sich im Zuge der jeweiligen Forderungen Bahn bricht. In einer Platinmine in Rustenburg waren im Januar bei ähnlichen Zusammenstößen drei Menschen ums Leben gekommen. In Kapstadt wurde bei sozialen Protesten in der vergangenen Woche ein Busfahrer erschossen. Und in Marikana waren schon vor dem Massaker in den Tagen seit Beginn des Streiks am Freitag vergangener Woche zehn Menschen ums Leben gekommen. Unter ihnen waren zwei Polizisten, die mit Macheten regelrecht in Stücke gehackt wurden, und zwei Wachmänner der Mine, die angezündet und bei lebendigem Leibe verbrannt wurden.

Seither hielten die bewaffneten Teilnehmer des Streiks einen Hügel unweit der Mine besetzt. Alle Versuche von Gewerkschaftern aus beiden Lagern und von Vertretern der Regierung, die Arbeiter zu einem Ende der Belagerung zu bewegen, verliefen erfolglos. Der Minenbetreiber Lonmin hatte die Arbeiter aufgefordert, bis zum heutigen Freitag wieder zur Arbeit zu erscheinen, und anderenfalls mit Massenentlassungen gedroht. Am Donnerstagmorgen erklärte die Polizei die Verhandlungen für gescheitert und forderte die streikenden Arbeiter auf, nach Hause zu gehen. Nach Schilderungen von Sicherheitskräften und Augenzeugen waren diese dem Aufruf nicht gefolgt und hatten stattdessen am Donnerstagnachmittag eine Polizeisperre angegriffen, woraufhin die Polizisten Tränengas und Gummigeschosse einsetzten. Warum später der Befehl erteilt wurde, auch scharfe Munition einzusetzen, ist bislang nicht geklärt. Offenbar waren aber auch auf Seiten der Streikenden Schusswaffen im Spiel. Den beiden getöteten Polizisten waren die Dienstwaffen gestohlen worden, und mindestens einer der anderen zehn Toten der vergangenen Woche war durch Schussverletzungen umgekommen.